



## Geflüchteten eine Stimme geben

zur Verweisung an den ASSGVaf

SPD-Fraktion  
im Rat der Stadt Münster

Bahnhofstraße 9  
48143 Münster  
Tel. (0251) 45 314  
Fax (0251) 511 750  
www.spd-muenster.de

08.02.2016

Der Rat der Stadt Münster möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, in Abstimmung mit dem Integrationsrat ein Konzept zu entwickeln, das gewährleistet, dass die sich in der Obhut der Stadt Münster befindlichen Geflüchteten ein Forum zur politischen Artikulation erhalten, das sie sich selbst wählen.

Begründung:

- I. In Münster befindet sich eine wachsende Anzahl geflüchteter Menschen, die aus unterschiedlichen Ländern zu uns gekommen sind auf der Flucht vor Bürgerkrieg und Perspektivlosigkeit. Diese Menschen sind gescheiterten Staaten oder Diktaturen unter Einsatz ihres Lebens und dem Verlust ihrer zerstörten Heimat und oftmals von Angehörigen und Freunden entronnen. Viele dieser Geflüchteten werden in Europa, Deutschland und Münster ihre dauerhafte Heimat finden.
- II. Die Stadt Münster, das Land Nordrhein-Westfalen und die Bundesrepublik Deutschland unternehmen große Anstrengungen, all den zu uns geflüchteten Menschen Unterkunft und Perspektive zu bieten. Die demokratischen Strukturen unseres Staates zeigen auf allen Ebenen eine große Bereitschaft, diese Herausforderung zu bewältigen.
- III. Diese demokratischen Strukturen sind gewählt von den Bürgerinnen und Bürgern unseres Staates, nicht von den geflüchteten Menschen. Zu unserem Selbstverständnis als Demokratie gehört es jedoch auch, wichtigen Personengruppen, die im regulären demokratischen Verfahren aus strukturellen Gründen keine direkte Rolle spielen, eine Stimme zu geben.
- IV. Der Integrationsrat ist das Gremium, in dem die Interessen der nicht-deutschen Mitbürgerinnen und Mitbürger vertreten wird. Er vertritt auch die Interessen der



Geflüchteten und leistet hier eine gute und wichtige Arbeit. Die hier jetzt lebenden Geflüchteten hatten allerdings nicht die Möglichkeit, an der Wahl zum Integrationsrat teilzunehmen, da die Wahlen zum Integrationsrat bereits am 24. Mai 2014 stattfanden und die Wahlperiode bis 2020 dauern wird.

- V. Ziel des Antrages ist es, den geflüchteten Menschen selbst eine Möglichkeit der aktiven Teilnahme an demokratischen Prozessen zu geben.
- VI. Die Ereignisse in der Silvesternacht in Köln haben auch deutlich gemacht, dass die Geflüchteten ein Forum brauchen, in dem sie politische Zuschreibungen anderer politischer Kräfte zurückweisen können, eine Stimme, mit der sie politische Vorgänge kommentieren können.
- VII. Letztlich besteht auch der Bedarf seitens der Politik, direkte Ansprechpartner\*innen zu haben, die die Bedürfnisse der Geflüchteten aktiv artikulieren und die Entscheidungen, deren Gegenstand sie sind, beeinflussen können.
- VIII. Wir sind uns der Herausforderungen, die dieses Vorhabens bedeutet, bewusst, Menschen mit unterschiedlichen Sprachen, unterschiedlichem politischen und kulturellem Hintergrund in einem demokratischen, politischen Prozess zu integrieren. Die dauerhafte Integration kann jedoch nur gelingen, wenn wir das Partizipationsversprechen unserer Demokratie auch gegenüber denen halten, die aus Diktaturen zu uns geflohen sind.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands  
Fraktion im Rat der Stadt Münster

Dr. Michael Jung  
Philipp Hagemann  
Mathias Kersting  
Katharina Köhnke  
Hedwig Liekefedt  
Ludger Steinmann

Thomas Fastermann  
Marius Herwig  
Michael Kleyboldt  
Thomas Kollmann  
Anne Schulze Wintzler  
Beate Vilhjalmsson  
Maria Winkel

Doris Feldmann  
Dr. Cornelia Jäger  
Marianne Koch  
Gaby Kubig-Steltig  
Petra Seyfferth  
Robert von Olberg

